

Früh pensionierung: Fahrplan festgelegt

Die Regierung hat in ihrer gestrigen Sitzung den Terminplan für die Einführung eines Früh pensionierungsmodells festgelegt. Auf jeden Fall soll noch in diesem Jahr die entsprechende Vernehmlassung durchgeführt werden.

güf.- Wie wir in unserer letzten Samstag-Ausgabe berichtet haben, hat die Regierung bereits im vergangenen Jahr die Erarbeitung eines Früh pensionierungsmodells in Angriff genommen. Wie Regierungschef Mario Frick am gestrigen Mediengespräch bekanntgab, seien im September 1998 im Ressort Gesundheit und Soziales verschiedene Vorbereitungen zur Einführung des flexiblen Altersrücktritts getroffen worden. Daraus sei dann eine interne Arbeitsgruppe gegründet worden.

Gutachten am 27. Januar eingetroffen

Am 2. Dezember habe die Regierung der Firma «Libera» den

Auftrag erteilt, ein Gutachten über die Finanzierbarkeit eines solchen Früh pensionierungsmodells zu erstellen.

Dieses Gutachten ist nach den Ausführungen vom Regierungschef Mario Frick am 27. Januar 1999 abgeschlossen und der Regierung übermittelt worden. Nach der entsprechenden Aufarbeitung des Ressorts Gesundheit und Soziales soll das Gutachten spätestens anfangs März in der Regierung diskutiert werden. Es sei durchaus möglich, dass noch im laufenden Jahr der entsprechende Bericht und Antrag an den Landtag präsentiert werden könne. Auf jeden Fall soll noch in diesem Jahr die Vernehmlassung durchgeführt werden. Der politische Wille, den frühzeitigen Altersrücktritt auf finanziell verkraftbare Weise zu ermöglichen, sei zweifellos vorhanden, sagte der Regierungschef gestern vor den Medien in Vaduz. Auch angesichts der vorsichtigen Betrachtung durch die Firma «Libera» könne festgehalten werden, dass die Früh pensionierung seitens der AHV finanzierbar sei. Selbstverständlich werde es dazu aber auch staatliche Mittel brauchen.

► KOMMENTAR

KOMMENTAR

Kein physikalisches Problem

● VON GÜNTHER FRITZ

*D*urch eine schwarze Brille sieht man bekanntlich schlecht. Das ist ein optisches Problem. Weniger ein physikalisches Phänomen ist das selektive Wahrnehmungsvermögen seitens des «Liechtensteiner Volksblatts». In einem am 5. Dezember im «Liechtensteiner Vaterland» veröffentlichten Interview erklärte Regierungschef-Stellvertreter Michael Ritter zur Krankenkasseninitiative: «Klar ist, dass sich Sozialpolitik nicht auf den Bereich der Krankenversicherung beschränkt. Im Rahmen der Vorbereitung der 11. AHV-Revision überprüfen wir derzeit Modelle zur Verbesserung der Früh pensionierung.»

*I*n der Broschüre der Regierung zur Gesundheitsreform, die anfangs Januar an alle Haushalte erging, hiess es, dass die Mehreinnahmen aus der Mehrwertsteuer unter anderem ein Beitrag zur Finanzierung des Früh pensionierungsmodells sein sollen. Aus seiner massiven Kritik an dieser Broschüre ist abzuleiten, dass das «Volksblatt» diese sehr genau unter die Lupe genommen hat. Also auch dies weniger ein optisches Problem. Am 27. Januar berichtete das «Vaterland» über das Pressegespräch vom Vortag, an welchem auch das «Volksblatt» anwesend war. Wir zitierten dabei Michael Ritter, der erklärt hatte, dass zurzeit berechnete Forderungen auf dem Tisch lägen, ein attraktives Früh pensionierungsmodell einzuführen. Im «Volksblatt» war davon kein Wort zu lesen. Diese journalistische Selektion war sicherlich kein technisches Problem.

*A*m 3. Februar sprach sich Alterspräsident Klaus Wanger bei seiner Rede zur Landtagseröffnung für die Erleichterung der Früh pensionierung aus. Und nun soll laut gestriger «Volksblatt»-Ausgabe die Regierung in Sachen Früh pensionierung plötzlich auf den Karren der FBPL aufgesprungen sein. Diese Erinnerungslücken reihen sich nahtlos an die hartnäckige Unterschlagung der tatsächlichen Kosten der Krankenkasseninitiative. Sie sind mit Sicherheit auf kein medizinisches Problem zurückzuführen. Ein ganz anderes Problem könnte das «Volksblatt» aber leicht mit seinen Leserinnen und Lesern bekommen, die daneben noch eine andere Zeitung lesen.